

## **Arbeit und Politik - Demokratisierung von Arbeit und Wirtschaft Vom missglückten Versuch der Entwicklung eines Forschungsprojekts**

### **1. Vorbemerkung**

Im Frühjahr 2014 haben ein langjähriger guter Freund und Kollege und ich den Versuch unternommen, von Neuem einen Kooperationsprozess zu beginnen. Unsere Zusammenarbeit war nach mehr als zwanzig Jahren intensiver gemeinsamer Arbeit vor einigen Jahren schwierig geworden. Wir konnten im bilanzierenden Blick auf bisherige Arbeiten angesichts der neuen Herausforderungen der Zeit unterschiedliche Auffassungen nicht mehr produktiv machen. So zogen wir es vor, für einige Zeit wechselseitig auf Distanz zu gehen. Nun gab es Anlässe einen Neustart zu versuchen. Unser Ziel sollte die Entwicklung neuer gemeinsamer Projektideen in Bezug auf Fragen und Herausforderungen der Demokratisierung von Arbeit und Wirtschaft sein. Uns war klar, dass unsere jeweiligen grundlegenden philosophischen wie wissenschaftlichen Ausgangsüberlegungen Unterschiede aufwiesen. Wir vereinbarten sie ‚einzuklammern‘ – d. h. sie zur Kenntnis zu nehmen, anzuerkennen nicht aber mit dem Ziel der Entwicklung größerer Gemeinsamkeiten systematisch innerhalb des neu begonnen Kooperationsprozesses weiter zu bearbeiten. Von der wechselseitig gesehenen gemeinsamen Schnittmenge aus wollten wir hingegen das von uns angestrebte Anschlussprojekt angehen. Dies sollte in expliziter Anknüpfung an zwei grundlagentheoretisch ambitionierte empirische Projekte geschehen, die mein Kollege in den letzten Jahren entwickelt hatte und zusammen mit weiteren früheren Arbeitskollegen von mir nun bearbeitete,

Es blieb aber nicht aus, dass im Verlauf dieses gemeinsamen Arbeitsprozess zweier theoretisch ambitionierter Wissenschaftler die Frage danach, ob die Schnittmenge gemeinsam geteilter Annahmen hinreichend groß sei, virulent wurde. Das führte dann doch dazu, dass wir uns vor die Frage gestellt sahen, ob wir die wechselseitigen Ausgangspositionen in einem gesonderten Arbeitsprozess systematischer zum Thema machen wollten. Schon um offene Fragen, die wir hier aneinander hatten, zu klären, Missverständnisse zu vermeiden und das Fundament der gemeinsam geteilten Schnittmenge sicher zu „vermessen“, schien uns dieser Zwischenschritt schließlich unumgänglich. Aber er fiel uns beiden schwer. Zugleich minderten günstige Umstände den Akquisitionsdruck für unsere KollegInnen. So vertagten wir uns.

Die nachfolgenden Überlegungen sind Ergebnis eines von mir allein fortgesetzten Reflexionsprozesses. Sein Ziel ist bessere Selbstverständigung, und der mangelt es nun von Beginn an am kritisch-konstruktiven Dialog. Die Positionen oder Hypothesen, die mich leiten, kann ich nur noch im, inneren Dialog prüfen - zum Teil immerhin unter Nutzung von Texten meiner Kollegen. Was Ich so unternehme, ist ein

Versuch. Die Form des Essays bietet sich dafür an. Der basiert in den beiden ersten Abschnitten auf knappen, ursprünglich oft nur stichworthaft formulierten, Thesen zu konzeptionellen Unterschieden. Es geht um den „Epochenbruch“, um das Verständnis von „Arbeit und Politik“ die „Krise der Arbeitsgesellschaft“, die Pathologien, aber eben auch die Potentiale „Neuer Arbeit“. Und all dies interessiert im Hinblick auf die Möglichkeiten arbeitspolitischer Eingriffe. Ich habe dazu ursprünglich knappe Thesen für eben den Dialog geschrieben, der dann nicht zustande gekommen ist. Nun weiter ausgearbeitet mögen meine Reflexionen auch für interessierte LeserInnen gut nachvollziehbar sein. Ich verzichte auf systematische Quellenangaben. Vornehmlich zu Beginn von Argumentationsketten gebe ich Hinweise auf Referenzautoren und einige eigene wissenschaftliche Arbeiten. Oft sind dies Texte, in denen ich mich mit den entsprechenden Sachverhalten bzw. Begriffen sowie den dazu im Folgenden behandelten Referenzautoren ausführlich auseinandergesetzt habe. Meine LeserInnen finden dort gegebenenfalls ausführlich Belegstellen und Quellenangaben. Manchmal gebe ich Hinweise auf „Parallelpositionen“ meines eigentlich erhofften Dialogpartners. Man sieht: die hier angestellten Reflexionen sind nicht grundlegend neu, vielleicht aber besonders pointiert zusammengefasst.

Doch die Reflexion der vermuteten konzeptionellen Unterschiede nährt neue Zweifel – nicht an der gesellschaftspolitischen Erklärungskraft der Positionen, die ich mir zueigen mache, aber doch daran, dass der gescheiterte Neustart hier seine Erklärung finden kann. Fragen nach anderen möglichen Gründen drängen sich auf. Ich beginne nachzudenken über mögliche Gründe, die in der Geschichte unserer früheren Kooperation liegen könnten, und meine Gedanken führen mich weiter zu tiefer liegenden Gründen. Sie könnten darin liegen, dass wir beide die Größe der Herausforderungen unseres Projektvorhabens unterschätzt haben: Wir wollen auf einen „Epochenbruch“ reagieren, „am Anfang und am Ende unserer Zeit“, im Blick auf multiple Krisenentwicklungen angesichts derer Rüdiger Safranski schon vor fünfundzwanzig Jahren von „schreckenerregenden Szenarien“ gesprochen hat und mit denen der herrschende Politikbetrieb immer noch wie schlafwandlerisch umgeht. Sie bauen sich so fortschreitend beunruhigender auf. Und dass mit der Gefahr das Rettende wächst, könnte sich am Ende als frommer Wunsch erweisen. Ich habe mich also auch mit diesen Fragen auseinandersetzen müssen. Diese Auseinandersetzung ist das Thema des abschließenden Kapitels dieses Essays.

Der zunächst „ausgesetzte“ gemeinsame Kooperationsprozess, der Anlass zu diesem Essay ist, ist derweil noch nicht endgültig aufgegeben. Mag sein, dass die nachfolgenden Reflexionen für ihn neue Impulse geben können. Vielleicht regen sie aber auch Andere dazu an, weiter zu denken, oder gar den Dialog mit mir zu suchen. Die Fragen, um die es geht sind meines Erachtens für das Verständnis der Umbrüche und Herausforderungen, denen wir uns heute alle gegenüber sehen, wichtig genug.

## 2. Arbeit und Politik im Epochenbruch

Das Konzept des **Epochenbruchs** verwende ich in einer Weise, wie es in den Debatten des „Forums Neue Politik der Arbeit“ in den Jahren 2003 bis 2005 entwickelt und dann in den „Spandauer Thesen“ 2006 veröffentlicht worden ist (Scholz u.a. 2006) Ich habe mich danach wiederholt in weiteren Arbeiten darauf bezogen (Martens 2007, 49ff, 2010, 27ff). Basis meiner Überlegungen ist die Analyse des neoliberalen Rollbacks gegenüber den wohlfahrtsstaatlichen Demokratien der Nachkriegszeit. Dieser um die Mitte der 1970er Jahre einsetzende Prozess hat mit der Implosion des Realsozialismus zusätzliche Schubkraft erhalten. Epochenbruch wird von mir also als ein schon über mehrere Jahrzehnte ablaufender, weltweit folgenreicher Prozess verstanden, der jedenfalls nicht mehr in dem Sinne umkehrbar ist, dass man schlicht zu den Status-Quo-Ante-Verhältnissen der westlichen wohlfahrtsstaatlichen Demokratien zurückkehren könnte. Epochal sind die Umbrüche, die sich prozesshaft entwickeln, deshalb, weil sie Teil eines Transformationsprozesses sind, von dem wir heute noch nicht wissen können, wohin ihn unser politisches Handeln führen wird. Sicher ist nur, so die zentrale Hypothese, dass die gewohnten Sicherheiten der ersten wohlfahrtsstaatlich geprägten Nachkriegsjahrzehnte, die viele heute mit großer Anstrengung gegen das neoliberale Rollback festzuhalten suchen, so nicht in die Zukunft zu verlängern sind. Wir bewegen uns gewissermaßen auf einer Gratwanderung zwischen einer zunehmend autokratischen Elitenherrschaft oder einer radikalen Neubelebung demokratischer Verhältnisse auf der Grundlage einer erneuerten gemischten Wirtschaft (Martens 2015). In ihr bestünden nach meiner Überzeugung Chancen für so etwas wie einen qualitativen Keynesianismus (Zinn 2003), der mit ökonomischer auch ökologische und politische Nachhaltigkeit befördern könnte (Martens 2014a, 25-98).

Ein Kennzeichen des Epochenbruchs ist eine fortschreitende Ökonomisierung und Vermarktlichung nicht nur der Unternehmen innerhalb der Sphäre der Wirtschaft sondern tendenziell aller gesellschaftlichen Lebensbereiche (Schirmacher 2013). Angesichts neuer Freiheitsversprechen, die zunächst Viele überzeugten, kann man – im Hinblick auf Forderungen der sozialen Bewegungen im Ausgang der 1960er Jahre – geradezu von einer paradoxalen Wunscherfüllung sprechen. In Bezug auf die Sphäre von Erwerbsarbeit und Wirtschaft ist diese Entwicklung hin zu mehr Autonomie in der Arbeit mit dem Konzept der Entgrenzung und Subjektivierung von Arbeit zu fassen versucht und vielfach empirisch bestätigt worden – allerdings auch in ihrer großen Ambivalenz. Was sich jedoch als irrig erwiesen hat, ist die mit dem Marktradikalismus verknüpfte Behauptung, so die Grundlagen für neue Wachstumsschübe legen zu können. Es mag sie in den neuen „Fabriken und Dienstleistungszentren der Welt“ gegeben haben, nicht aber in den fortgeschrittenen westlichen Gesellschaften selbst. Für die hat sich vielmehr, gegen die neoliberalen Glaubenssätze, die schon in den 1940er Jahren formulierte Keynesische Langfristanalyse in bemerkenswert hohem Maße bestätigt (Zinn 2007).

Wir haben es also heute in wachsendem Maße, und seit der neuen Weltwirtschaftskrise offensichtlich, mit im Kern unbewältigten ökonomischen Krisenprozessen zu tun, die sich im Ergebnis des Epochenbruchs aufgebaut haben. Der Grund für den politisch augenscheinlich immer noch ungebrochenen „Triumph gescheiterter Ideen“ des Neoliberalismus (Lehndorff 2012) liegt heute aber nicht mehr in den früheren großen Freiheitsversprechen. Vielmehr ist an deren Stelle nun eine geschürte Angst vor Experimenten als Begründung für ein vorgeblich alternativloses Weiter-so getreten. Ähnliches gilt für die schon bei seinem Beginn analysierten und prognostizierten ökologischen Herausforderungen. Zwar kann man sicherlich nicht sagen, dass es keinerlei Versuche gegeben habe, ihnen im Rahmen eines zunehmend radikalisierten marktwirtschaftlichen Denkens Rechnung zu tragen; aber auch WissenschaftlerInnen, die in diesen Prozess konstruktive Vorschläge einzubringen versucht haben – etwa im Sinne Ressourcen schonender Effizienzsteigerungen – zeichnen heute zunehmend bedrohliche Szenarien und kritisieren in diesem Zusammenhang das ökonomische Mainstreamdenken (v. Weizsäcker u.a. 2010).

Eng verknüpft mit unbewältigten und sich absehbar im Rahmen des Epochenbruchs weiter aufschaukelnden Krisenprozessen in den Feldern von Ökonomie und Ökologie sehen wir uns inzwischen auch mit einer Krise der Politik konfrontiert, die zu einer Krise des demokratischen Projekts der Moderne zu werden droht. Krise der Politik meint hier zum einen erkennbar wachsenden Vertrauensverlust der etablierten politischen Parteien, bzw. der in ihnen tonangebenden Berufspolitiker bei den Wählern. Er äußert sich in sinkenden Wahlbeteiligungen und er hat seine wesentliche Ursache darin, dass bei Vielen die Zweifel an der Lösungskompetenz der herrschenden Politik wachsen. Auf der anderen Seite drückt die zunehmend als „Postdemokratie“ diskutierte Krise der Politik sich aber auch darin aus, dass in Wahlen und im öffentlich-medial begleiteten politischen Prozess zunehmend bewusst Themen gesetzt werden, die von denen ablenken, die die BürgerInnen in ihren Arbeits- und Lebensverhältnissen tatsächlich massiv betreffen. Erfolgreiche Politikerinnen sind heute Virtuosen darin, das Weiter-so der Durchsetzung marktradikaler Konzepte einfallsreich zu flankieren und immer neu zu begründen – und dabei zugleich eine wirkliche Debatte über die immer wieder neu aufbrechenden krisenhaften Folgen der epochalen Umbrüche der Zeit eher zu verdecken. Das gilt gleichermaßen für eine vierte Dimension inzwischen zunehmend krisenhafter Veränderungen einer einstmals weltweit festgefühten Nachkriegsordnung. Dabei ist es letztlich - zusammen mit der schlichten wechselseitigen Verteidigung der Machtpositionen politischer Groß- oder Weltmächte, deren ökonomische Fundamente z. T. bröckeln - der Kampf um knappe wertvolle Ressourcen und/oder neue Märkte, der in der Außenpolitik Anlass zu neuen, u. U. durchaus riskanten geopolitischen Strategien gibt.

Die modernen Gesellschaften, die sich in den hier umrissenen Umbrüchen tiefgreifend verändert haben und - vor allem im ökonomischen Wettbewerb – mit- und gegeneinander zu behaupten suchen, sind von SozialwissenschaftlerInnen –

ebenfalls im Wettstreit miteinander, und zwar in einem Wettstreit nicht nur um Reputation sondern in einer ökonomisierten Welt zunehmend auch um Ressourcen - in den letzten Jahrzehnten mit unterschiedlichsten neuen Begriffen zu charakterisieren versucht worden. Das reicht – nach der gegen ältere Klassengesellschaftliche Konzepte gerichteten „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ Helmut Schelskys in den ersten Nachkriegsjahrzehnten - von Daniel Bells „postindustrieller“ über Ulrich Becks „Risikogesellschaft“ und dann bei ihm und Anthony Giddens die „reflexive Gesellschaft“ bis hin zu dem heute gängigen Konzept der „modernen Wissensgesellschaft“. Hatte Bell mit seiner postindustriellen Gesellschaft noch ein optimistisches Bild einer über das „industrielle Zeitalter“ hinausweisenden wissenschaftlich geprägten und in ihren Entscheidungsprozessen versachlichten Welt gezeichnet, so hob danach Beck mit seiner Risikogesellschaft darauf ab, dass die rasanten großtechnologischen Veränderungen, die sich auf unserer Erde als Großlabor vollziehen, neue kaum abschätzbare und jedenfalls nicht mehr versicherbare Risiken nach sich ziehen. Diese Risse im früheren Fortschrittsoptimismus wurden dann im Konzept der Wissensgesellschaft neu verdeckt. Vor allem aber stellt es eine Antwort auf den marktradikal immer weiter verschärften globalen Wettbewerb dar. Es ist nun die forciert durchgesetzte Wissensarbeit, die in Wege stetiger Innovationen die erfolgreiche Selbstbehauptung moderner Gesellschaften im globalen Wettbewerb gewährleisten soll – und zugleich wird der Unterschied zwischen Wissenschaft und Wissen eingeebnet – nicht zuletzt an den Universitäten, die nach dem Paradigma der Schule reorganisiert werden (Brandt 2010).

Tatsächlich aber sind alle Gesellschaften auf diesem Globus nach wie vor **Arbeitsgesellschaften**. Vor Beginn des neoliberalen Rollbacks konnte man die wohlfahrtsstaatlichen Nachkriegsdemokratien mit Christian von Ferber (1961) als institutionell verfasste Arbeitsgesellschaften bezeichnen. Heute erodieren dort die Institutionen der Arbeit. Auf diesem Globus gibt es heute z. T. immer noch weitgehend vorindustriell agrarisch geprägte Gesellschaften. Andere werden dynamisch neu industrialisiert, wieder andere sind im je nationalen Rahmen durch eher postindustrielle Züge gekennzeichnet. Doch die im Blick auf die ihre jeweilige Entwicklung maßgeblich steuernden Prozessstrukturen sind entscheidend durch Funktionsmechanismen einer kapitalistischen Ökonomie bestimmt, der die Politik z. T. Grenzen zu setzen versucht, der sie aber vor allem, ungebrochen im Glauben an die Selbstheilungskräfte weiter entbetteter Märkte, immer größere Spielräume verschafft. Das ist die mit dem theoretisch wenig gehaltvollen Begriff der Globalisierung bezeichnete Entwicklung, die im neoliberalen Geist vollzogen wird. Betrachtet man sie nicht, wie es Niklas Luhmann (1984) mit seiner Systemtheorie vorgeschlagen hat, als eigenlogische, autopoietische Entfaltung von gegeneinander verselbständigten, aber selbstredend mit einander verschränkten, gesellschaftlichen Teilsystemen, unter denen dem politischen System keine herausgehobenen Steuerungsfunktionen mehr zuerkannt werden (Kritisch Martens 2013a, 162-181), dann stellt sich die Frage nach Veränderungspotentialen von zwei Seiten her: zum einen als Frage nach möglichen Veränderungen der Organisation der

gesellschaftlichen Arbeit; zum andere als Frage danach, ob und wie solche Veränderungen im politischen Prozess der Gesellschaft vorangetrieben werden können.

Wichtig ist hier also zunächst *das grundlegende Verständnis von Arbeit* – im Hinblick auf die, so die Philosophische Anthropologie (Plessner 1928), nur dem Menschen mögliche Herstellung eines Weltbezugs. Hier anschließend kann man mit guten Gründen argumentieren, dass die Konstituierung einer menschlichen Lebenswelt ohne Arbeit schlicht nicht denkbar ist. Die Frage ist allerdings, ob man deshalb in spezifischer Anknüpfung an die hegelmарxistische Tradition sagen kann, Welt sei Arbeit (Peter/Wolf 2008). Vertritt man diese These, dann liegt es nahe, bei der Frage nach den Herausforderungen und Perspektiven des Epochenbruchs das Hauptaugenmerk auf die Entwicklung der gesellschaftlichen Arbeit zu richten. Man mag so in den entgrenzten und subjektivierten Formen „neuer Arbeit“ das entscheidende Potential für eine demokratische Erneuerung der Gesellschaft sehen. Als empirischer Arbeitsforscher wird man dann in Forschungsprojekten danach fragen, in welchen Formen sich solche Potentiale zeigen, welche Widerstände ihnen entgegenstehen und wie sie sich dagegen doch entfalten lassen. Und für empirische Forschung mag man dabei auch das Erfordernis entdecken, methodisch und konzeptionell ziemlich grundlegend neu ansetzend und disziplinübergreifend zu versuchen, den Herausforderungen des Epochenbruchs Rechnung zu tragen. Im Blick auf die überzeugende Begründung und praktikable Operationalisierung von Forschungsfragen mag man schließlich auch für das eigene wissenschaftliche Denken radikale Brüche für erforderlich halten. Jedenfalls aber wird man den weiteren Rahmen gesellschaftlicher und politischer Umbrüche, den ich oben umrissen habe, erst einmal ausblenden (müssen). In diesem Sinne spitzt die DOFAPP-Projektgruppe Change (2014) ihre Fragen, ausgehend von der Diagnose des Epochenbruchs zu und entsprechend argumentieren Olaf Katenkamp u.a. (2014) sowie Andreas Peter (2014).

Meine Hypothese wäre dagegen (ausführlich Martens 2014b), dass solche Zuspitzungen zwar für arbeitsforscherische empirische Projekte nicht nur sinnvoll, sondern fast unumgänglich sind, dass sie aber als spezifische Zuspitzungen des Konzepts des Epochenbruchs verstanden werden müssen, nicht aber als dessen Radikalisierung. Mein Argument wäre hier zunächst, dass auch bei einem Verständnis von Arbeit im Sinne eines weit gefassten „Ensemblebegriffs“ viele dem Menschen wesentliche Tätigkeiten im Bereich von Kunst – also Herstellen im Sinne einer gesteigerten herstellenden Tätigkeit - Spiel, Liebe, Kriegführung oder dagegen Politik- also Tätigkeiten, die in besonderer Weise gerade nicht den Charakter von Arbeit haben – einem solchen Ensemble schwerlich umstandslos zugeordnet werden können.

Das Spiel z .B. als freiwillige, spontane und nicht zweckhafte Tätigkeit, mag der Pädagoge ja auch als „Arbeit des Kindes“ – und damit als zweckhaft - verstehen, gleichwohl ist das Spiel etwas von der Arbeit sehr grundsätzlich unterschiedenes,

auch wenn z. B. Schauspieler, das Spiel selbstredend auch als Beruf ausüben können. Ebenso hätte man mit „Krieg als Arbeit“ so seine Schwierigkeiten. Die Analysen von Oskar Negt und Alexander Kluge (1981, 797-861) zur Geschichte des Kriegshandwerks und der Kriegsführung, zu verschiedenen historisch besonders bedeutsamen Schlachten etc. sind eindrucksvoll; Aber wenn, wie sie sagen, im Krieg der Gegner einer kriegsführenden Partei ihr Arbeitsgegenstand ist, wird es eben auch schwierig. Krieg schafft dann, wie sie richtig feststellen, „ein Gesamtprodukt der Gewalt, das selber nicht Produktion sein kann“. Sein Ziel ist vielmehr „die Vernichtung des Willens und der Autonomie des Anderen. sein Gegenpol nicht einfach Frieden, sondern die Herstellung der Autonomie und des Willens des Anderen“. Das ist ziemlich Arendtsch formuliert. Krieg wäre damit nur in einem bestimmten, bei Carl Schmitt mit seiner für das Politische fundamentalen Freund-Feind-Unterscheidung auf den Punkt gebrachten Politikverständnis mit Clausewitz als Fortsetzung der Politik, also des politischen Handelns, mit anderen Mitteln zu verstehen. Im Arendtschen Sinne wäre Politik demgegenüber als Herstellung eines Raumes der Freiheit, in dem Alle möglichst autonom Handelnde sein sollen und das „Übersteigen“ von Interessen das Ziel ist, dann in der Tat der Gegensatz zum Krieg. Deutlich wird so an dieser Stelle, dass man an auch über einen Politikbegriff nachdenken muss, der nicht einfach in Arbeit als Ensemblebegriff aufgeht. Auch wenn man sicherlich sagen kann, dass z. B. Berufspolitiker politisch handelnd ihrer Arbeit nachgehen, bedeutet dies eben noch nicht, dass politisches Handeln nicht näherer Bestimmungen bedürfte und einfach einem Ensemblebegriff von Arbeit zugeschlagen werden könnte. Entsprechende philosophische Reflexionen, die auf die Grundlagen menschlicher Existenz zielen, kommen aber bei neueren Überlegungen zu Arbeit und Politik bemerkenswerter Weise kaum vor.

Als erstes Zwischenresümee zum Nachdenken über Arbeit und Politik wäre hier aus meiner Sicht festzuhalten: Es fordert zum Nachdenken heraus, dass in den philosophischen Reflexionen, die Grundlagen menschlicher Existenz in der modernen Gesellschaft erfassen wollen und dann für die Arbeitsgesellschaften die fundamentale Bedeutung von Arbeit hervorheben, die Frage, was menschliches Leben denn eigentlich ausmache philosophisch kaum erschöpfend diskutiert wird. Helmuth Plessner reflektiert – ähnlich wie Hannah Arendt, aber mit ganz anderen Ergebnissen die existenzielle Abgründigkeit des menschlichen Lebens im Zusammenhang mit seinem Politikbegriff. Bei Hannah Arendt finden wir mit der analytischen Unterscheidung von Arbeiten, Herstellen und Handeln grundlegende analytische Unterscheidungen der den menschlichen Weltbezug schaffenden Tätigkeiten oder Praxisformen. Wo hingegen im Blick auf die heutige Arbeitsgesellschaft ungebrochen das emanzipatorische Potenzial von Arbeit im Zentrum der Aufmerksamkeit steht, scheinen mir vertiefende Reflexionen, die über jeweilige ReferenzAutorInnen hinausführen könnten, weitgehend zu fehlen. Mein philosophisches Verständnis von Arbeit ergibt sich demgegenüber aus meiner Rezeption von/ und Bezugnahme auf *Georg Wilhelm Friedrich Hegel*, *Karl Marx* und *Hannah Arendt*.

Für den *Hegel* der Jenaer Vorlesungen sind für die Konstitution des Menschen „Werkzeug, Sprache und Familie“ wesentlich; und die bürgerliche, nachfeudale Gesellschaft ist dann auf dem Weg zur Arbeitsgesellschaft, wobei die Entwicklung und der Stellenwert von Arbeit nun vor dem Hintergrund die Herr-Knecht-Dialektik interpretiert werden kann. Hegels idealistische Dialektik bewegt sich dabei allerdings in einer begrifflichen Klarheit, der reale Entwicklungsprozesse immer nur vielfach gebrochen und jedenfalls ohne das bei Hegel mitgedachte Telos entsprechen. Alfred Schmidt (1971) hat hervorgehoben, dass Marx eine von den Hegelschen Mythizismen befreite Dialektik als Instrument zur kritischen Analyse des Kapitalismus für unverzichtbar gehalten habe, und zugleich weit davon entfernt gewesen sei, seine Kapitalismuskritik - analog zur idealistischen Dialektik Hegels - in eine übergreifende geschichtsmetaphysische Konstruktion einzubetten, wie das später in den verschiedenen Marxismen mehr oder weniger deutlich der Fall gewesen ist. Dennoch liest sich Marxens These der Entleerung menschlicher Arbeit und der Verelendung der Arbeitenden Klassen, aus der Heraus die „Nicht-Klasse“ des Proletariats“ – so zutreffend Jacques Rancière (2002) - durch ihre gemeinsame freie Tat den Kapitalismus, ganz Hegelisch gesprochen, aufheben wird, wie eine welthistorische Erweiterung von Hegels Dialektik von Herr und Knecht. Bei Hegel allerdings ist die höchste Form von Arbeit die geistige Arbeit des Philosophen. Der erfasst in seinem Denken sozusagen das Zu-Sich-Kommen des Weltgeistes. Das philosophische Denken folgt somit der wirklichen Entwicklung und bringt sie auf ihren Begriff. „Die Eule der Minerva fliegt in der Dämmerung.“

*Marx* hat diesen Hegelschen Arbeitsbegriff materialistisch geerdet, also die gesellschaftliche Arbeit der Menschen ins Zentrum seiner Überlegungen gerückt und das Kapitalverhältnis als dessen gesellschaftliche Formbestimmung seiner Kritik unterzogen. Ihr gegenüber geht es ihm um die Befreiung der lebendigen Arbeit – innerhalb der Prozesse notwendiger gesellschaftlicher Arbeit aber auch als Befreiung von solcher notwendigen Arbeit. Die freien Tätigkeiten jenseits der Arbeit sind für ihn also Nicht-Arbeit, bleiben aber begrifflich unbestimmt Diese Befreiung der Arbeit wird aus seiner Sicht durch die vom Kapitalismus in Gang gesetzte Entfaltung der Produktivkraft der Arbeit möglich. Er hat darauf bestanden, dass in den Prozess der so seiner inneren Entwicklungstendenzen nach analysierten Herstellung von Welt (besser Lebenswelt) durch die Menschen auch handelnd eingegriffen werden könne und müsse. Er verkürzt dabei aber menschliche Praxis, oder dieses eingreifende Handeln, wie Arendt im Sinne ihrer analytischen Unterscheidung sagt, auf Arbeiten und Herstellen. Die Menschliche Geschichte wird zu einem durch Arbeiten und Herstellen bewegten Prozess, in dem zugleich innere Logiken oder „Gesetze“ am Werke sind. So erscheint bei Marx „die Klasse als das Wahre in der Lüge“ und „als zentrale Gestalt der Meta-Politik (...) als ein Jenseits der Politik“ (Rancière 2002, 96). Dass die von ihm geforderte revolutionäre Tat des Proletariats und quasi objektive geschichtliche Tendenzen in einem merkwürdigen, theoretisch unzureichend gefassten Verhältnis zueinander verbleiben, ist so gesehen die Konsequenz daraus, dass Marx seinen Politikbegriff immer nur als Kritik einer bürgerlichen „Metapolitik“ (Ranciere) gefasst und nicht wirklich entfaltet hat.



*Arendt* ist eine scharfe Kritikerin eines ihres Erachtens im Hegelmarxismus fortwirkenden geschichtsmetaphysischen Denkens. Sie nimmt ferner, gegen Marx, ihre analytisch sinnvolle Unterscheidung von Arbeiten, Herstellen, Handeln – und in einer Notiz im Denktragebuch auch Lieben - vor. Man könnte mit Sybille De La Rosa (2014) auch sagen, dass sich Arbeiten, Herstellen und Handeln als Formen von Praxis in der Wirklichkeit überlappen und in historischer Perspektive erst zeitlich aufeinander folgend voll entfalten – mit Rückwirkungen auf die früheren Formen (z. B. wird Arbeit zunehmend zum Herstellen). In der *vita contemplativa* sind für Arendt (1978/79) im Übrigen, Denken, Wollen und Urteilen eine komplementäre begriffliche Trias. Arendt spricht ferner in ihrem Denktagebuch (Arendt 2003) von einer „Arbeitsgesellschaft, in der alles zu Arbeit geworden, Arbeit aber zunehmend Herstellen geworden sei und in öffentlichen Räumen stattfindet. Und sie geht für ihre Gegenwart von einer empirisch nicht haltbaren Vorstellung einer Gesellschaft von Jobholdern aus.

Ich kann also, wenn ich die verschiedenen Positionen so sehe, wie hier knapp umrissen, weder bei Hegel und Marx noch bei Arendt unkritisch anknüpfen. Menschliche Praxis lässt sich schlecht vollständig unter den Marxschen Arbeitsbegriff subsummieren. Die existenzielle Abgründigkeit der menschlichen Existenz lässt sich von einem auf Arbeit und Herstellen verkürzten Praxisverständnis her nicht angemessen erfassen; und die gesellschaftliche Arbeit hat sich empirisch zweifellos doch etwas anders entwickelt als von Marx erwartet wurde. Letzteres gilt aber vor allem auch für Arendt; und deren Politikbegriff, der manchem etwas pathetisch erscheinen mag, leidet vor allem darunter, dass sie ihn - gewissermaßen als Entgegensetzung und Komplementärbegriff zugleich - in einer Art Realtrennung vom Arbeiten und Herstellen behandelt. Sie, die als Politikwissenschaftlerin doch immer auf das Handeln der Menschen zielt, die immer nur im Plural existieren, rekurriert dabei auf eine, sozusagen anthropologisch begründete, Fähigkeit des Menschen zur Politik, die sie in der Kantschen Kritik der Urteilskraft dargelegt sieht. Ihre ungebrochene Hoffnung auf „das Wunder der Politik“ hat hier ihre Grundlage. Die Frage, ob sich die menschlichen Vermögen dazu, dieses Wunder wirklich herbeizuführen, möglicherweise durch historisch-gesellschaftliche Veränderungen der menschlichen Arbeits- Kooperations- und Politikvermögen entwickeln, stellt sich für sie nicht.

Von diesen Überlegungen ausgehend wird für mich ein **Politikbegriff** wichtig, den ich nicht in Anlehnung an *Weber*, *Mannheim* oder *Plessner* sondern in Anlehnung an *Arendt* zu fassen versuche.

Für *Helmuth Plessner* ist mit der Vorstellung jeglicher gesellschaftlichen Ordnung immer Unter- und Überordnung verknüpft. Sein Denken bewegt sich in allen seinen Schriften zur Philosophie der Politik (Plessner 1981) in einem Rahmen, in dem es Herrschende (Tyrannen, Könige, die oligarchische Macht einer Aristokratie oder aber einer Funktionselite), ausgestattet mit Macht und dessen rechtlicher Legitimierung gibt, denen folgerichtig Beherrschte gegenüberstehen. Es überrascht daher, dass er

in den späteren Schriften den Begriff der „radikalen Demokratie“ verwendet, den er bei näherem Hinsehen analog zu Mannheims Konzept der „fundamentalen Demokratisierung“ verwendet. Gemeint ist damit eine meriokratische, von unten nach oben durchlässige Gesellschaft, die von Funktionseleiten geführt wird. Radikale Demokratie müsse, so meint er, „genau in dem Maße, in welchem sie sich zum Prinzip der Chancengleichheit für alle bekennt – ein Prinzip offener Beweglichkeit und der Auslese nach Fähigkeit und Leistung –, den Dynamismus der Macht als der Gesellschaft inhärent anerkennen. Politik bleibt dann die Herausforderung für die Eliten (Politik als Beruf) und wirft das Problem „existenzieller Entscheidungen“ „in ihrer tragischen Schwere“ auf. Und solche Entscheidungen sind angesichts der Komplexität moderner Gesellschaften für „den Durchschnittsbürger eine nicht mehr durchsichtige, geschweige denn beantwortbare Frage“. Allerdings sieht Plessner sehr klar, dass seine „radikale Demokratie“ keineswegs davor schützt, dass „der parlamentarischen Demokratie in den funktionsteiligen Großgesellschaften der ständige Umschlag in den totalen Staat“ droht, der die „im System des offenen Pluralismus anonym gewordene Macht an die Kommandogewalt einer hierarchischen Befehlspyramide und damit an einen legitimen Kreis von Personen binden will“.

*Arendt* (1974) hat ein deutlich anderes Verständnis von „radikaler Demokratie“. Orientiert am „historischen Glücksfall“ der griechischen Polis geht es nach ihrem Verständnis darum, „die Menschen zu handelnden Wesen zu machen“. Von ihrer Kritik des Marxismus als der „gescheiterten Hoffnung des Jahrhunderts“ gelangt sie zu der für sie essentiellen Frage nach dem Charakter des Politischen. Politisches Handeln ist da zunächst einmal, eine, von anderen analytisch zu unterscheidende Form menschlicher Praxis. Auch wenn man für Berufspolitiker von „Politik als Beruf“ (Weber), also von ihrer Berufsarbeit sprechen kann, stellt sich dann immer noch die Frage nach der spezifischen Bestimmung von Politik und politischem Handeln. Wieder mit *Arendt* gehe ich davon aus, dass politisches Handeln in seinem Kern (Zusammen)Handeln in einem öffentlichen politischen Raum ist, den es nicht in allen Gesellschaften gibt – historisch eher nur in wenigen gab - und der im Hinblick auf die Freiheitsrechte der Einzelnen institutionell verfasst ist und erst durch ihr (Zusammen)Handeln hergestellt, institutionell gefestigt und weiter verändert werden kann. Alle AutorInnen, die in der jüngeren Vergangenheit die „Krise der Politik“ diskutiert haben (Literaturübersichten bei Martens 2010, 75-110 und 2014a, 74-98), haben auf die eine oder andere Weise diesen *Arendtschen* Politikbegriff als einen Referenzpunkt.

Für *Arendt* zieht politisches Handeln weiterhin immer unabsehbare Nebenfolgen nach sich. Sie sieht es deshalb unter eine Verantwortung der Freiheit gestellt. Für sie ist dabei das Verzeihen eine genuin politische Erfahrung und die einzige Möglichkeit, den „Schaden, den alles Handeln unweigerlich mit anrichtet“ einzuhegen. Nur durch das „dauernde gegenseitige Sich-Entlasten und Entbinden können Menschen, die mit der Mitgift der Freiheit auf die Welt kommen, auch in der Welt frei bleiben“ (*Arendt* 1978/79,305f). Politisches Handeln ist ferner durch das Verfolgen und dann Übersteigen von Interessen in diesem erst durch das politische Handeln selbst

hergestellten Raum der Freiheit gekennzeichnet. Und es ist eben dieser Raum, in dem die Anderen als die eigenen Weltbezüge erweiternd, bereichernd anerkannt werden können und in dem Menschen die Leere und Abgründigkeit ihrer Existenz so sinngebend füllen können. In kaum einem anderen Handlungsfeld schließlich kommt es so sehr auf das Wort oder auf Wortmächtigkeit der Handelnden an wie in dem der Politik (vgl. auch Bourdieu 2005). Aber anders als Arendt meinte, ist die Sphäre der Arbeit – die sie im Sinne von Realtrennungen von der Sphäre der Politik unterscheidet – in den Gesellschaften der späten Moderne und der Neuzeit nicht nur indirekt politischer Beeinflussung zugänglich; aber wenn sich in ihr (arbeits)politisches Handeln entwickelt, dann ist dies auch wieder analytisch von den darin alltäglich vollzogenen Arbeitsprozessen zu unterscheiden.

Wichtig sind für Prozesse der Herstellung von Weltbezügen und der Sinngebung neben – und in bestimmtem Sinne noch vor dem politischen Handeln sicherlich auch alle kulturellen Praxisformen, die in modernen Gesellschaften ebenfalls in einem dazu institutionalisierten öffentlichen Raum stattfinden. Mit Safranski (1993, 193ff) haben wir es hier „mit Selbsterfindung, Selbstgestaltung, und damit verbunden mit Weltdeutung und Weltentwürfen zu tun, kurz: mit dem höchst individuellen und existenziellen Akt der Sinngebung des Sinnlosen“. Als politisch brauchbar sieht er dagegen nur solche Ideen an, „die sich, um es philosophisch auszudrücken, auf das Transzendente des Zusammenlebens beschränken, d. h. sich lediglich auf die *Bedingungen der Möglichkeit* eines friedlichen und freien Zusammenlebens beziehen.“ Man benötige daher, so argumentiert er, „eine wahrheitspolitisch abgemagerte Politik, eine Politik ohne Sinnstiftungsambitionen“, „die abenteuerlichen Wahrheiten der Kultur und die nüchternen Wahrheiten einer abgemagerten Politik.“

Will man an dieser Stelle zusammenfassen, so kann man sagen: *Plessner* wie *Arendt* zeichnen – in wichtigen Grundtendenzen durchaus vergleichbar, und beide die systemischen Zwänge und inneren Widersprüchlichkeiten kapitalistischer Marktökonomien sicherlich unterschätzend – Widersprüche der modernen Gesellschaften mit ihren Massendemokratien nach. Arendt setzt, beginnend mit ihrem Totalitarismus-Buch radikal und „ohne Geländer“ neu denkend an. Sie sieht dabei durchaus ähnlich die Gefahr der Zerstörung von Räumen freier Meinungsbildung und des Umkippen in den Totalitarismus. aber *Plessner* konstatiert dagegen nur, was nach dem Sieg der westlichen Demokratien gegen den Faschismus als Demokratie entstanden ist. Sein an Max Weber orientierter Blick auf Politik als Beruf – und seine Vorstellung von Eliten, zu denen er sich selbst ja wohl auch gerechnet haben wird – hindern ihn daran, wie Arendt weitergehende Demokratisierungsprozesse auch nur zu denken. Von einer „auswegslosen Lage in die wir geraten sind“ - so Arendt (1993) in den nachgelassenen politischen Schriften - hätte *Plessner* hingegen in den 1950er und 1960er Jahren wohl nie gesprochen. Arendt richtet dagegen Hoffnungen auf Basisdemokratische Prozesse, auf „das Wunder der Politik“. Beide allerdings enden in einer ausgesprochen pessimistischen Sicht. Aber bei *Plessner* scheint sie durch einen konservativen Grundzug seiner Philosophie der Politik bestimmt zu sein. Und letztlich wurzelt der in seiner

Philosophischen Anthropologie. Im Hintergrund der „tragischen Schwere“ letzter politischer Entscheidungen, an denen die Angehörigen der Eliten schwer tragen, steht die ganze existenzielle Leere, die von seiner Philosophischen Anthropologie her gesehen grundlegend ist. „Dass wir sind und uns nicht haben“, uns nach einer „Veränderung der menschlichen Natur verzehren mögen, die wir aber nicht herbeiführen können“, - und wohl auch, dass nur die den Eliten Zugehörigen dies angemessen reflektieren können -, führt zum Kern seines Pessimismus. Arendt hingegen, stellt gegen diesen Blick auf die existenzielle Leere ihre „Liebe zur Welt“ (Prinz 2012). Sie hat sich, wie sie im Gaus-Interview sagt, für die Freiheit entschieden. Ihr geht es um die existentielle Freiheit der Menschen als *raison d'être* der Politik. Ihr Pessimismus hingegen resultiert aus ihrer politikwissenschaftlichen Analyse ihrer Gegenwart – gegen die an sie an der Hoffnung auf „das Wunder der Politik“ festhält.

Zuletzt kann ich vom Arendtschen Politikbegriff ausgehend – im Blick auf ein zusätzliches Argument für meine Auffassung – noch einmal auf die Unzulänglichkeiten von „Krieg als Arbeit“ zurückzukommen: Aufgrund eben dieses Kerns der Definition von Politik und politischem Handeln – nämlich den Menschen der Praxis die Möglichkeit zu eröffnen, bornierte Interessen zu übersteigen, in der Anerkennung des Anderen neue gemeinsame Möglichkeiten zu eröffnen und so auch die Leere und Abgründigkeit unserer Existenz sinngehend zu füllen<sup>1</sup> - ist kriegerisches Handeln gerade nicht die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sondern vielmehr im Hegelschen Sinne deren Antithese. Es geht hier um ein Handeln, das auf physische Vernichtung von zu Feinden erklärten Anderen zielt. Hier, im Kampf, spielen Worte, bzw. Versuche der Verständigung, überhaupt keine Rolle mehr. Handeln mit dem Ziel der Vernichtung - also den Feind im konkreten Kampf ggf. ins Nichts zu treiben – kann im Übrigen nie ohne auch negative Folgen für die siegreich Handelnden geschehen, weil es auch in ihnen Möglichkeiten des Menschwerdens zerstört (was sich z.B. in posttraumatischen Folgen ausdrückt). Sein Gegenpol „die Herstellung des Willens und der Autonomie des Anderen“ ist aber eben nicht durch Arbeit an ihm als an einem Arbeitsgegenstand möglich, auch nicht in der durch den Bezug auf einen gemeinsamen Arbeitsgegenstand gebundenen Kooperation mit ihm, sondern im Dialog und freien Umgang mit ihm, wie er im Raum der Politik als Raum der Freiheit möglich wird. Zwar fordert auch *Plessner* schon 1931 von Politik als Beruf die von Carl Schmitt als Ausgangspunkt alles Politischen gesetzte fundamentale Verfeindung zu überwinden. Den Raum der Politik jedoch als einen Raum zu konzipieren, in dem alle Menschen als handelnde Wesen ihre Begabung zur Politik entfalten und die die Anderen als die eigenen Weltbezüge erweiternd, bereichernd anerkennen können, das liegt seinem Denken in Eliten denkbar fern.

---

<sup>1</sup> Wobei die Unterschiede zwischen den hier die Erfahrung von Freiheit zu subjektiven Wahrheiten steigernden Möglichkeiten der Kultur und denen einer abgemagerten Politik (Safranski) nicht vergessen werden dürfen.

### 3. Demokratisierung von Arbeit und Wirtschaft

Wenn ich vor diesem Hintergrund über **Demokratisierung von Arbeit** (Fricke/Wagner 2012) – und weiter von Wirtschaft (vgl. Martens 2010 und 2013b) – nachdenke, kommen nun immer meine Vorstellungen von Arbeit und von Politik ins Spiel, denn Demokratisierung ist ja eine Form politischer Gestaltung. Ich will meine Überlegungen dazu an dieser Stelle nur ganz knapp umreißen:

Zu Zeiten der ersten und zweiten industriellen Revolution entwickelte sich Industriearbeit überwiegend in noch kaum demokratisierten Gesellschaften und war selbst in hohem Maße hierarchisch organisiert. Demokratisierungsforderungen zielten hier z.B. im Deutschland des Revolutionsjahres 1848 auf das Recht zur Wahl direkter Vorgesetzter (Meister). Später gab es nach und nach erste Formen patriarchal regulierender staatlicher Eingriffe – in Deutschland in Gestalt erster Arbeitsschutzregelungen sowie der staatlichen Sozialgesetzgebung, die vor allem der Sozialdemokratie den Wind aus den Segeln nehmen sollte. Diese engen Grenzen wurden, mit erheblichen nationalen Unterschieden, erst mit den bürgerlichen Revolutionen im frühen 20. Jahrhundert überschritten. Mit der „halben“ Revolution von 1918 entstanden in Deutschland Formen repräsentativer Interessenvertretung/Demokratie mit gleichen Stimmrechten für die Angehörigen aller Klassen und beider Geschlechter nicht nur im öffentlichen Raum der Gesellschaft sondern auch in der privatrechtlichen Sphäre der Wirtschaft. Zugleich konnten nun die Gewerkschaften als Zusammenschlüsse der Arbeitenden mit dem Instrument des Tarifvertrags versuchen, die Kontrolle über den Arbeitsmarkt zu erringen und einem unbeschränkten Direktionsrecht erste Grenzen setzen.

Nach dem Scheitern der Weimarer Republik, der Niederlage der Arbeiterbewegung und den Katastrophen von Faschismus und zweitem Weltkrieg entfaltete sich dann in den wohlfahrtsstaatlichen Nachkriegsdemokratien das Potential der institutionell verfassten Arbeitsgesellschaften im Fordismus, also u. a. auf Grundlage von Taylors wissenschaftlicher Arbeitsorganisation. Im Maße wie Arbeit qualifizierte Industriearbeit mit Merkmalen des Herstellens geworden ist, haben sich auch die Kooperationsformen der Arbeitenden verändert, woraus wachsende eigenständige Handlungsmacht und darauf beruhend die Forderungen nach Beteiligungsrechten resultierten. Prägend blieb für die Interessenvertretung in der Sphäre der Wirtschaft aber stellvertretendes Handeln durch repräsentative Interessenvertretungen in einem rechtlich nach wie vor vordemokratisch verfassten Raum.

Eine grundlegende Veränderung der Bedingungen einer Demokratisierung von Arbeit finden wir demgegenüber zunehmend in unserer Gegenwart infolge der Durchsetzung „neuer“, entgrenzter und v. a. subjektivierter Arbeit. Die Sicherung effizienter Produktionsprozesse selbst erzwingt heute die zunehmende Selbstorganisation der zum unternehmerischen Mitdenken herausgeforderten Arbeitenden und schafft damit immer wieder Spielräume für ihre Partizipation. Auf dieser Grundlage können sich – in Auseinandersetzung mit einer marktradikal entfesselten Verwertungslogik, der „neue Arbeit“ in der Sphäre der Wirtschaft

unterworfen ist - Konflikte darum entwickeln, in wie weit solche Partizipation mit wirklichen demokratischen Rechten der Arbeitenden verknüpft ist.

Das ursprüngliche Konzept des ADGB, mit dem sich der Begriff der **Wirtschaftsdemokratie** verknüpft, waren in hohem Maße durch ein sozialistisches Planungsparadigma geprägt. Das Konzept Naphtalis (1977/28) ist dabei von Hilferdings Theorie des „organisierten Kapitalismus“ ebenso wenig zu trennen wie von einer Handlungskonstellation um die Mitte der 1920er Jahre, in der die freien Gewerkschaften mit den Folgen der „halben Revolution“ von 1918 und der Spaltung der Arbeiterbewegung umgehen mussten. Das Konzept transportierte zugleich eine für alle damaligen Strömungen der Arbeiterbewegung noch geradezu selbstverständliche Vorstellung davon, dass die historische Entwicklung auf eine sozialistische Gesellschaft zutriebe. Damit verknüpft war die Vorstellung, dass in einer solchen sozialistischen Gesellschaft die Wirtschaft planvoller gestaltet werden und deshalb krisenfreier und im Interesse der Arbeitenden gesteuert werden könne. Und die Entwicklung des „organisierten Kapitalismus“ selbst sollte dieser Entwicklung bereits zuarbeiten. Diese Vorstellungen einer Verstärkung der planvollen Organisation des „organisierten Kapitalismus“ im Interesse der Arbeitenden durch die Stärkere/gleichberechtigte Repräsentanz von Austauscheliten, die aus Arbeiterschaft und Gewerkschaften rekrutiert sein sollten, zielt so auf eine Demokratie für die arbeitenden, nicht aber durch sie. Das Konzept war daher in demokratietheoretischer Perspektive zumindest deutlich begrenzt. Mit Ausbruch der Weltwirtschaftskrise von 1929ff erwies es sich zudem als ökonomisch irrig und spielte folgerichtig in den vergeblichen Versuchen von Gewerkschaften und Parteien der Arbeiterbewegung, Antworten auf die Krise zu finden keine Rolle mehr.

Nach 1945 knüpfte der DGB an das alte Konzept der Wirtschaftsdemokratie dann in spezifischer Weise noch einmal an. Mitbestimmung in Betrieb und Unternehmen auf Basis der gesetzlichen Regelungen von 1951/52 sind zu verstehen als die für die Kräfteverhältnisse der Nachkriegszeit isolierte Pragmatisierung einiger Grundgedanken des Konzepts der Wirtschaftsdemokratie (Borsdorf 1986). Mit der dynamischen Entwicklung der wohlfahrtsstaatlichen Demokratien in den ersten Nachkriegsjahrzehnten verlor dieser konzeptionelle Ankerpunkt jedoch zunehmend an Bedeutung. Abgesehen von ähnlichen Regelungen in Österreich blieb die Mitbestimmung im Wesentlichen eine deutsche Besonderheit. Die Eurobetriebsräte stellen zwar eine begrenzte Verallgemeinerung im Rahmen der EU dar, dies aber nur bei nur schwach ausgeprägten Informations- und Beteiligungsrechten.

Was gewerkschaftlich folgte, war die Konzentration auf tagespolitische Verbesserungen, und zunehmend dann allerdings deren Verteidigung angesichts des neoliberalen Rollbacks. Forderungen nach einem „neuen Reformismus“ (von Oertzen 1984), der über den Kapitalismus hinausführen könnte, fanden nach dem Ende des Jahrzehnts sozialdemokratischer Reformen in Sozialdemokratie und Gewerkschaften lange keinen Widerhall. Erst im Maße wie das neoliberale Projekt sich immer unübersehbarer krisenhaft entwickelt hat, hat sich das verändert.

Insbesondere nach der neuen Weltwirtschaftskrise (Krugman 2009) und im Zeichen multipler Krisenentwicklungen, insbesondere aber auch angesichts „postdemokratischer“ Entwicklungen in den westlichen Demokratien wurde das alte wirtschaftsdemokratische Konzept der deutschen Gewerkschaften wieder in Erinnerung gebracht. Es ist nicht überraschend, dass es heute angesichts der Krise des neoliberalen Projekts vor allem in Deutschland seitens der Gewerkschaften Anknüpfungsversuche in Bezug auf die wirtschaftsdemokratischen Ansätze aus der eigenen Geschichte gibt – sei es pragmatisch mit dem Ziel, Mitbestimmung in Betrieb und Unternehmen durch neue Formen direkter Beteiligung der Beschäftigten zu stärken, sei es auch durch ein grundsätzlicheres neues Nachdenken über Wirtschaftsdemokratie.

Damit stellt sich jedoch das Erfordernis, eine „Neue Wirtschaftsdemokratie“ - die mehr sein soll als eine Neubelebung keynesianischer Wirtschaftspolitik, etwa im Sinne eines „qualitativen Keynesianismus“ - im Hinblick auf ihre ökonomischen Steuerungsfunktionen innerhalb einer gemischten Wirtschaft neu zu denken und zu begründen. Weder Konzepte zentraler Planung noch solche einer Produzentendemokratie, die an rätedemokratische Ansätze anknüpft, werden den Erfordernissen der Steuerung komplexer ökonomischer Prozesse in einer gemischten Wirtschaft gerecht (Martens 2013a, 215-225). Wie in ihr Marktprozesse neu einzubetten und wie in diese Marktprozesse dann selbst demokratische Steuerungsinstrumente eingreifen können, die Produzenten- und Konsumenteninteressen ebenso wie Erfordernisse ökologischer Nachhaltigkeit im Interesse und unter Beteiligung aller BürgerInnen berücksichtigen können, das sind Fragen, zu denen eine entsprechende Debatte gerade erst wieder beginnt und auf die Antworten sicherlich nicht „am grünen Tisch“ sondern nur im Wege experimenteller Schritte, also eines tentativen Versuchsverhaltens entwickelt werden können. Dies wiederum setzt voraus, dass das „Weiter-So“ auf dem Weg marktradikaler Konzepte als Sackgasse begriffen und durchbrochen wird – nicht nur aufgrund der theoretischen Kritik des neoliberalen Konzepts und des ihm zugrunde liegenden Menschenbildes, das die Abstraktion des homo oeconomicus absolut setzt, sondern vor allem aufgrund der zunehmend verheerenden Resultate, die es hervorbringt.

Demokratiethoretische Begründungen schließen hier unmittelbar an (Demirovic 2007, Martens 2010, Wesche 2014). Die politische Idee einer demokratischen Gesellschaft von Freien und Gleichen hat sich im demokratischen Projekt der Moderne, beginnend mit der amerikanischen und französischen Revolution, in Gestalt der parlamentarischen Demokratie durchgesetzt. Diese blieb auf den öffentlich-politischen Raum beschränkt, hat dabei aber im Interesse der Freiheitsrechte ihrer BürgerInnen immer auch regulierend in den privatrechtlich verfassten Raum der Wirtschaft eingegriffen. Institutionell verfasste Arbeitsgesellschaften sind so in den fortgeschrittenen westlichen Gesellschaften in unterschiedlicher Ausprägung im je nationalstaatlichen Rahmen entstanden. In den wohlfahrtsstaatlichen Nachkriegsdemokratien haben sie ihre am stärksten entfaltete

Form gefunden. Im Maße aber, wie mit dem neoliberalen Rollback, das seit Mitte der 1970er Jahre einsetzte, Marktprozesse „entbettet“ worden sind - verbunden von Neuem mit einer ungeheuren Konzentration von Eigentum und ökonomischer Macht (Piketty 2014, Freeland 2013) sowie einer zunehmenden Ökonomisierung aller Lebensbereiche - wird die Idee einer demokratischen Gesellschaft untergraben. Von daher gerät die Frage nach einer Revitalisierung der Demokratie, nicht zuletzt durch eine Demokratisierung auch von Entscheidungsprozessen in der Wirtschaft, neu in den Blick.

#### **4. „Festgefahren“ im Angesicht immenser Herausforderungen**

Mit diesen Ausführungen habe ich meine konzeptionelle Position vorläufig umrissen. Vorläufig nicht nur in dem Sinne, in dem alle Ergebnisse intensiven Nachdenkens an einem bestimmten Punkt festgehalten werden, sondern vorläufig auch deshalb, weil der Dialog der in Bezug auf den Gegenstand dieser Überlegungen geführt werden sollte, ja gerade noch nicht geführt ist. Und vorläufig schließlich auch aus dem Grunde, dass Konkretisierungen in Bezug auf forschungs- und arbeitspolitische Fragen der Demokratisierung von Arbeit und Wirtschaft eben nicht „vom grünen Tisch aus“ erfolgen können. Vor allem aber entsteht nach diesen konzeptionellen Überlegungen eine neue Unzufriedenheit: je intensiver ich hier nachdenke, desto weniger überzeugt mich der Gedanke, dass hier – also in Unterschieden bei diesen theoretischen Überlegungen - die entscheidenden Ursachen für den gescheiterten Neustart liegen könnten.

Nachzudenken wäre also noch einmal darüber, was die Kommunikation über solche Fragen so schwierig macht. Diese Frage drängt sich ja auf. Nur über ihre Beantwortung könnte die eben angesprochene unbefriedigende, größere Vorläufigkeit ein weiteres Stück weit behoben werden. Doch auch in Bezug auf diese Frage kann ich nur zu sehr vorläufigen Ergebnissen kommen. Denn ohne in den einleitend angesprochenen Klärungsprozess wirklich einzusteigen, wird man auf die „Stolpersteinen“, die da vermutlich noch im Wege liegen, nicht stoßen können. Man müsste sich also doch auf den Weg machen, um sich wechselseitig auf solche Stolpersteine aufmerksam machen zu können. Tut man das aber nicht, ist man vielleicht noch mehr zu Spekulationen genötigt. Ich mag dabei Zerwürfnisse Anderer, die Größen ihrer Zunft waren (etwa Plessner und Gehlen, Arendt und Adorno) oder als „Geistesriesen“ in der Entwicklung des philosophischen und wissenschaftlichen Denkens der Moderne ihre Rolle spielten (etwa Rousseau und Diderot) denken – selbstredend ohne mich vergleichen zu wollen, aber doch einmal mehr in der Hoffnung, Hinweise für das eigene Nachdenken zu finden. Meine weiteren Überlegungen bleiben in mehrfachem Sinne vorläufig und ein wenig spekulativ.

Es ließe sich jetzt also darüber nachdenken, ob womöglich wissenschaftlicher Ehrgeiz oder verletzte Eitelkeiten auch für meinen Freund und Kollegen und für mich eine Rolle spielen. Das gab es immer. Da geht es um den Kampf um Anerkennung.



Und dabei kommen immer auch die Besonderheiten von Personen ins Spiel, etwa Dominanz- und Führungsansprüche, unterschiedliche Gewichtungen von Disziplinbezügen und/oder unterschiedliche Positionierungen in der Zukunft. Auch die Freiheit von oder fortgesetzte Bereitschaft zu einer Unterwerfung unter Markt- und Akquisezwänge dürfte hier eine Rolle spielen. Wenn ich darüber nachdenke, komme ich zu dem Ergebnis, dass das alles eine mehr oder minder große Rolle für das „Einfrieren“ unserer Kooperation in den letzten Jahren gespielt hat. Für die Entwicklung der unterschiedlichen Ausgangspositionen, von denen aus wir vor einem Jahr zu dem gemeinsamen Projekt neu ansetzen wollten, dürfte das also wichtig gewesen sein. Die einen oder anderen Aspekte mögen dann auch bei dem begonnenen Austausch über den denkbaren Zuschnitt eines neuen gemeinsamen Projekts eine Rolle gespielt haben. Aber ich sehe hier keine hinreichende Erklärung dafür, dass im vorliegenden Fall ein solcher Klärungsprozess frühzeitig abgebrochen worden ist.

Also muss ich noch einmal ganzheitlicher über die unterschiedlichen Ausgangspositionen nachdenken, von denen aus wir den Neustart versucht haben. Meine Arbeit war in den letzten Jahren davon bestimmt, dass ich einen großen Bedarf nach mehr Klarheit über die grundlegenden Neuorientierungen im Epochenbruch gesehen habe. Die Schubkraft aus dem sozialdemokratischen Jahrzehnt arbeitspolitischer Reformen war aus meiner Sicht gründlich aufgezehrt. Neue soziale Bewegungen, auf die man sich mittels der Bildung neuer, transdisziplinär zusammengesetzter „primärer Forschergruppe“ hätte beziehen können, waren nicht in Sicht. Also galt es, sich mit theoretischen „Vorleistungen“ auf solche Hoffnungen vorzubereiten. Meine Kollegen hingegen haben, aus unterschiedlichen Gründen, ihren Schwerpunkt darauf gelegt, das alte Konzept empirischer Arbeitsforschung theoretisch neu zu begründen. Auch hier musste es – mangels neuer sozialer Bewegungen oder wenigstens einiger Impulse aus dem herrschenden Politikbetrieb heraus – darum gehen, selbst innerwissenschaftlich entsprechende Impulse zu setzen. Und dabei konnte es nur darum gehen, die immer unabweisbareren Pathologien „Neuer Arbeit“ wissenschaftlich besser zu verstehen, um Neuansätze für Arbeitsgestaltung zu finden - also für wissenschaftliches und arbeitspolitisches Handeln, das innerhalb des deutschen korporatistischen Modells industrieller Beziehungen auf allen Seiten Resonanzen auslösen könnte. Dort also der Versuch, über eine neue Theorie mittlerer Reichweite neue Ansatzpunkte für anwendungsorientierte empirische Arbeitsforschung zu gewinnen. Und bei mir der Versuch, Klarheit über das Scheitern weiterreichender Ansätze zu arbeits- und gesellschaftspolitischer Umgestaltung in den 1970er Jahren zu gewinnen – im Hinblick auf die Bewältigung der epochalen Umbrüche unserer Gegenwart?

Der Gedanke wäre noch zu vertiefen. Man könnte aber vielleicht auch meinen, es hier mit einem fast typischen Beispiel dafür zu tun zu haben, dass und wie „Linke“ sich immer wieder heillos zerstreiten: Sie denken und handeln unter dem Druck die Verhältnisse ändern helfen zu wollen und sie sind dabei nie auf Seiten der gesellschaftspolitisch Mächtigen. Das macht es ihnen immer wieder schwerer als den

Diskutanten innerhalb eher konservativer Diskurse, in einigermaßen großer Lockerheit Raum für unterschiedliche Positionen zu lassen und darauf zu vertrauen, dass gerade auch aus solchen Unterschieden produktive Reibungen entstehen können, die am Ende die gemeinsame Position gegenüber Anderen nur stärken können. Die Mont Pélerin Society (Martens 2006) wäre hier ein wahrscheinlich aufschlussreiches Gegenbeispiel. Auf Seiten der politischen Linken mag man z.B. darüber streiten, ob die „Freiburger Schule“ auch eine Variante neoliberalen Denkens ist, die eben in den 19650er und 60er Jahren ihren Stellenwert hatte<sup>2</sup>. Jedenfalls diskutiert Ralf Ptak (2006) überzeugend die „Herausbildung des Neoliberalismus am Beispiel Deutschlands eben in Auseinandersetzung mit der Freiburger Schule, die seinerzeit selbstverständlich in der gemeinsamen Frontstellung gegen alle sozialdemokratisch-keynesianischen Bestrebungen einer fortschreitenden Einhegung des Marktes stand. Ein breites Spektrum unterschiedlicher pragmatischer wirtschaftspolitischer Ansatzpunkte war von dieser gemeinsamen Gegnerschaft aus offensichtlich selbstverständlich. Und dabei geht es noch nicht einmal um die Bereitschaft und Fähigkeit zu einem Sokratischen Denken innerhalb einer gemeinsamen wirtschaftspolitischen Denkrichtung, das sich gegen ein „Festbeißen“ in einem bestimmten theoretischen Denkmodell gerade von kontroversen Debatten Erkenntnisfortschritte verspricht.

Aber wie auch immer: solange die Kontroversen im hier strittigen Fall auf der Ebene philosophischer Debatten verblieben wären; wäre die Sache noch relativ einfach zu handhaben gewesen. Man bewegt sich dann ja in der *vita contemplativa*. Man kann Gemeinsamkeiten und Unterschiede herstellen; aber man kommt nicht zu der Frage der Forschungs- und arbeitspolitischen Konsequenzen. Und erst bei der wird es wirklich schwierig. Denn man muss sich dann nicht nur darüber verständigen, wie stark begründet man Fragen der Demokratisierung von Arbeit als Basis für alle weitergehenden Veränderungsschritte ansieht. Hier könnte man sich vermutlich noch ganz gut mit den unterschiedlichen Sichtweisen von „Welt ist Arbeit“ oder „Welt ist ohne Arbeit nicht zu denken“ zu Recht kommen. Man muss sich vielmehr auch klar darüber werden, als wie tiefgreifend man die krisenhaften Entwicklungen im gegenwärtigen Epochenbruch ansieht. Und damit komme ich zu den Überlegungen zurück, zu denen ich oben mit der ganzheitlicheren Betrachtung der unterschiedlichen Ausgangspositionen bei unserem vergeblichen Neustart schon angesetzt habe.

Fokussiert man auf die neuen Pathologien der Arbeit, die nach neuen Lösungen schreien, neigt aber im Übrigen dazu die Krisen von Ökonomie, Ökologie und Politik zurückhaltender zu beurteilen, oder auch einfach pragmatisch einzuklammern, so hat das Konsequenzen. So anzusetzen entspricht im Grundsatz einem Selbstverständnis anwendungsorientierter Arbeitsforschung im Sinne von „beobachtender Teilnahme“

---

<sup>2</sup> Auf der Jahrestagung 2005 des Forums Neue Politik der Arbeit „Nach dem Epochenbruch – Übergänge zu einer Neuen Politik der Arbeit und „Menschenwürde in der Arbeitswelt“ spielten solche Fragen anlässlich eines Referats von Ralf Ptak über den „Epochenbruch im Rahmen des neoliberalen Projekts“ (siehe auch Ptak 2006) an.

aus einem kritisch-konstruktivem Selbstverständnis heraus, so wie es Friedrich Wetz (2010) im Rückblick auf seine wissenschaftliche Arbeiten zu Zeiten des HdA-Programms beschrieben hat. Der kritische Blick ist dann vor allem auf die Schwächen der wissenschaftlichen Zugänge gerichtet – bei Wetz (2010,235) also vor allem das Verharren des industriesoziologischen Mainstreams in analytischer Distanz zu den jeweils ablaufenden Restrukturierungsprozessen in Betrieb und Unternehmen. Die beharrliche Arbeit an der immer besseren theoretischen Fundierung empirischer Arbeitsforschung im Modus „beobachtender Teilnahme“ steht dann aber zumindest in einem Spannungsverhältnis zur Arbeit an Konzepten, mit denen die tieferen Ursachen epochaler Umbrüche verstanden werden sollen. Im Blick steht für diese Arbeit eher die Vorstellung stetiger Veränderungen. Die theoretische Fundierung praktischer Eingriffsmöglichkeiten rechnet letztlich vielleicht doch eher mit Normalitäten einer nun schon über zweihundertjährigen fortschreitenden Entfaltung kapitalistischer Produktionsverhältnisse, mit immer neuen Umbrüchen, aber auch neuen Lösungen, durch die hindurch gleichwohl nicht nur technologische sondern auch immer wieder sozialer Fortschritte möglich gewesen sind. Wenn man also Umbrüche - auch solche die sehr tiefgreifend und deshalb epochal sind – in einem solchen Rahmen sieht, dann kommt man zu anderen Schlussfolgerungen, als wenn man die krisenhaften Zuspitzungen im gegenwärtigen Epochenbruch ganz anders einschätzt.

Sieht man hier eher krisenhafte Zuspitzungen, die schreckenerregende Szenarien – so Safranski schon zu Beginn der 1990er Jahre - nahe legen und die deshalb radikale Fragen und Antworten im Hinblick auf eine „Normalität“ langfristiger kapitalistischer Entwicklung erfordern, dann sind die Schlussfolgerungen andere. Und die Lage wird noch einmal komplizierter, wenn man auch noch die letzten Reste einer hegelmärzlich verstandenen dialektischen Entwicklung – die in dem Verständnis der Dialektik von Herr und Knecht als dem Grundmuster der Entfaltung menschlicher Arbeit ja doch noch transportiert werden - in Zweifel zieht. Man kommt dann vielleicht auf den Gedanken, dass nicht nur gegenüber den geschichtsmetaphysischen Konstruktionen in Hegelischer Tradition sondern auch gegenüber den heute noch immer sehr lebendigen technisch-wissenschaftlichen Fortschrittsmythen auch ein so merkwürdig anmutendes Modell wie Hans Magnus .Enzensbergers „Blätterteig der Zeit“ ihr Recht haben könnte. Dann wäre die daraus folgende Einsicht, dass „das jeweils Neue (...) nur als dünne Oberflächenschicht auf einer undurchsichtigen Tiefsee von latenten Möglichkeiten“ schwimmt (a. a. O. 231). Man kann dann Heiner Müllers Denken, das dem einer „entfesselten Cassandra“ gleicht (Schweikert 1980), kaum entgehen und würde vielleicht an dessen Satz erinnern: „Damit etwas kommt, muss etwas gehen. Die erste Gestalt der Hoffnung ist die Furcht. Die erste Erscheinung des Neuen ist der Schrecken.“ Das ist zunächst einmal, evolutionstheoretisch betrachtet, sehr materialistisch gedacht. Es bedeutet zum zweiten, dass wir, ehe wir auf das Neue hoffen können, die Fortdauer des alten fürchten gelernt haben müssen. Aber das Neue ist uns fremd, es mag uns ungeheuer sein – auch dann, wenn wir selbst zu seinem Entstehen beitragen wollen. Und das Neue wird umstritten und wahrscheinlich umkämpft sein, deshalb

dürfte sein Kommen mit Schrecken verbunden sein. Aber es stellt sich auch die Frage, was die letzte Erscheinung des Alten ist. Wird in ihr nur sichtbar, dass sie trügerisch war/geworden ist, oder sehen wir zuletzt besonders deutlich die Gewalt, die den alten Zusammenhang der Verhältnisse gesichert hat – und erschrecken wir daher nicht zuerst vor ihr? Und schließlich kommt als zusätzliches Problem noch hinzu, dass Schreckensszenarien unserer Zukunft, wie sie sich einem ernüchterten Blick auf das heillose „Weiter-so“ darbieten, sehr rasch einem „Gattungsrettungsfundamentalismus“ zuarbeiten könnten, der noch immer vor allem neue verheerende Entwicklungen nach sich gezogen hat.

Wie auch immer man die gegenwärtige Lage hier beurteilen mag, ob man also mit dem Epochenbruch die Frage nach dem Neuen hinsichtlich der überkommenen Vorstellungen von gesellschaftlichem Fortschritt zutiefst grundlegend aufwirft – und dann auch, zumal angesichts der ökologischen Krisenentwicklungen, die Anfänge partiarchaler Natur- und Weltbeherrschung in seine kritischen Überlegungen einbezieht (von Winterfeld 2006), oder ob man hier weniger radikal fragt; in jedem Fall wird man systematisch über den Politikbegriff nachdenken müssen. Das gilt jedenfalls dann, wenn man die grundlegenden existenziellen Fragen menschlichen Lebens ernst nimmt, auf die u. a. die Philosophische Anthropologie Helmuth Plessners eine Antwort zu geben versucht hat. Man wird also in jeder Debatte über eine Demokratisierung von Arbeit und Wirtschaft nicht nur über den Arbeitsbegriff sondern gleichermaßen über das Verständnis von demokratischer Politik sehr grundsätzlich nachdenken müssen (Martens 2015). Man steht hier nämlich vor der Frage, ob man sich wirklich darauf einlassen will, die in der Menschheitsgeschichte – das vielleicht halbe Jahrhundert von Arendts „Glücksfall“ der griechischen Polis“, der freilich für Sklaven und Frauen durchaus kein Glücksfall gewesen ist, einmal ausgenommen – immer ortlos gebliebenen Konzepte einer radikalen Herrschaftskritik von neuem zu denken – gerade dann, wenn man ausgehend vom kooperativen Charakter menschlicher Arbeit und dessen spezifischer Entfaltung unter den heutigen Bedingungen „Neuer Arbeit“ über Perspektiven einer Demokratisierung von Arbeit nachdenkt. Die Alternative dazu läge ja nur darin, letztlich doch bei einem Denken stehen zu bleiben, das die politische Demokratie immer nur als eine Herrschaftsform verstehen kann – besser als andere und deshalb zu bevorzugen, aber doch stets hinsichtlich der Entfaltung von Demokratie als Lebensform deutlich begrenzt und deshalb durch neue Oligarchisierungstendenzen gefährdet.

Möglicherweise kommt man hier aus aber auch einmal zu so etwas wie einer „Grundfrage“, die der Bloch-Freund *Joachim Schumacher* am Schluss eines Nachworts zur Neuauflage seines Buches über „Die Angst vor dem Chaos“ (Schumacher 1978, 382f) wie folgt formuliert hat: Gewiss sei ein geschulter, auf bestimmte Umstände gezielter Pessimismus „wirklichkeitsnäher und tapferer als ein rosig ahnungsloser Optimismus“, aber vielleicht stammten entsprechende Grundstimmungen letztlich aus genetisch-individueller Veranlagung: „wenn wir die Welt und das Leben als solches für lebenswert halten, dann können wir Revolutionäre werden mit dem Impetus, dass das elementar Gute nach Besserem

verlangt, weil es objektiv möglich und wünschbar ist. Halten wir aber die Welt und die Kreatur Mensch für eigentlich schlecht, dann müssen wir Konservative und Reaktionäre werden.“ Aber dieser Deutungsvorschlag ist im hier in Rede stehenden Fall wenig hilfreich. Es geht um unterschiedliche Auffassungen zwischen mehr oder weniger radikal denkenden Linken, die aber grundlagentheoretisch beide eine Menge von der Philosophischen Anthropologie halten. Statt der Alternative gut oder schlecht, müsste man von deren Grundannahmen ausgehend sicherlich eher von Offenheit zu beiden Seiten hin sprechen, den Menschen zugleich auch als „Mängelwesen“, oder besser – schon mit Herder – als „Invaliden seiner höheren Kräfte“ ansehen. Ob und falls ja in welcher Weise wir hier unterschiedliche Positionen im Detail hätten, kann ich nicht sicher sagen. Ich würde aber eher vermuten, dass ich gegenüber einem womöglich emphatischen „subjektphilosophischen Ansatz“ einige Vorbehalte anmelden müsste und bei der Notwendigkeit der Institutionalisierung eines Raumes der Freiheit immer auch noch die Frage hätte, von welchem Institutionenverständnis dabei auszugehen wäre und wie dessen konservative Bestimmungen gewissermaßen „progressiv reformuliert“ werden können. In jedem Fall ginge es dann um die Frage welche Mitgift aus unserer vormenschlichen Evolution der Entfaltung solcher höheren Kräfte Grenzen setzen. Plessners Pessimismus läge dann in dem Urteil, dass wir uns angesichts solcher Mitgift an den Grenzen unserer Natur, die zugleich Grenzen sozialen Fortschritts setzen, nur verzehren können. Arendts Optimismus – gegen alle ihre eher entmutigenden Gegenwartsanalysen an – wäre demgegenüber in der „Liebe zur Welt“ und einer ungebrochenen Hoffnung auf die Möglichkeit des „Wunders der Politik“ begründet. Und dessen Basis, so würde ich heute meinen, liegt letztlich, in anthropologischer Perspektive; darin, dass wir als Menschen unseren Weltbezug allein auf Basis einer geteilten Wir-Intentionalität (Tomasello 2009) herstellen können, deren phylogenetische Ursprünge in mutualistischen Handlungen wurzeln. Sie legen, wie ich an anderer Stelle diskutiert habe (Martens 2014c), die strikte Unterscheidung von Arbeit und Interaktion gerade nicht nahe. Aber an sie lassen sich an die gattungsgeschichtlichen Ausdifferenzierungen von Arbeit, Herstellen und Handeln recht gut anschließen.

## 5. Schlussbemerkung

Meine Position ist nun einigermaßen klar umrissen, und ich sehe sie ganz in der Tradition der europäischen Aufklärung in Gestalt ihrer radikalsten DenkerInnen. Dabei kommt für mich allererst Denis Diderot „ins Spiel“ (Martens 2014d). So wie er nach Überschreiten des Gipfelpunktes der europäischen Absolutismus einerseits erstaunlich klarsichtig die drohenden tiefen Schatten der heraufziehenden geldhörigen bürgerlichen Gesellschaft gesehen hat und dagegen ein Parteigänger des sich mit der amerikanischen Revolution ankündigenden demokratischen Projekts der Moderne war, so war er auch äußerst nüchtern in der Einschätzung der Chancen dieses Projekts. Er war sich bewusst, dass die Aufklärung zu seiner Zeit kaum die Vorstädte von Paris erreicht hatte und war doch entschlossen, weiter Lanzen zu

brechen für „das Recht des Volkes, sich zu beraten, zu wollen oder nicht zu wollen“. Er war überzeugt davon, „dass wahres Glück für die Menschen“ nur in einer Gesellschaft zu haben sei, „in der es weder einen König noch eine Obrigkeit, weder Priester noch Gesetze, weder Dein noch Mein, weder Besitz noch Vermögen, weder Laster noch Tugend“ gäbe. Aber er sah zugleich: "dieser gesellschaftliche Zustand ist verteuft ideal!"

Diese Einsicht war – vor der idealistischen deutschen Philosophie – mit einer zweiten wichtigen Erkenntnis dieses „monistischen Naturalisten“ (Becker 2013) verknüpft: Veränderungen, zumal im Sinne gesellschaftlicher Fortschritte, sind immer der unwahrscheinliche Fall. Das hat Arendt ganz ähnlich formuliert. Dieser unwahrscheinliche Fall kann aber – was die sozialen Verhältnisse anbelangt und wie Hannah Arendt nicht müde geworden ist zu betonen – durch das Zusammenhandeln von Menschen, dem das Denken vorausgehen muss, ins Werk gesetzt werden.

Und hier ist für mich als zweite Hannah Arendt wichtig. Zum einen, weil ich bei ihr einen Begriff des Politischen finde, der aus meiner Sicht, wenn überhaupt einer, Auswege eröffnet, die eine demokratische Gesellschaft gegen immer neue Tendenzen der Postdemokratisierung und Refeudalisierung widerständiger macht. Zugleich ist dies ein Begriff von Politik, der nicht in einem „Ensemblebegriff von Arbeit aufgeht – ebenso wenig wie der des Krieges oder des Spiels. In seiner Entgegensetzung zum, Krieg, der von ihm aus nicht mehr als die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln verstanden werden kann, wird vielmehr die zutiefst menschliche Dimension des Politischen erst voll sichtbar. Wichtig ist aber auch, dass ich bei Arendt, ebenso wie bei Diderot, ein „Denken ohne Geländer“ finde, d. h. die Bereitschaft und die Fähigkeit der Abgründigkeit der menschlichen Existenz ins Auge zu sehen und dann Philosophie und Politik – d. h. das Denken, das allem Handeln vorausgeht und das Handeln, das als Zusammenhandeln den Raum der Politik schafft, institutionell befestigt und immer weiter entfaltet - als etwas zu fassen, zu dem alle Menschen begabt sind. Und sie werden diese Begabung entfalten müssen, wenn weiterer sozialer Fortschritt erreicht werden soll. Subjektivierung und Entgrenzung von Arbeit schaffen dafür heute verbesserte, aber noch nicht hinreichende Voraussetzungen, denn es kommt auch darauf an, dass unsere Eliten nicht einmal mehr versagen – wenn wir den Herausforderungen der Zeit wirkungsvoll – und das heißt mit tatsächlich nachhaltigen Lösungen – begegnen wollen. So gesehen liegt eine Pointe meiner Überlegungen schließlich darin, dass es heute auch darauf ankäme, dass „Politik als Beruf“ sich u. a. dadurch auszeichnet, dass sie sich als verantwortungsvolles Voraus-Denken in das Mit-Denken vieler, letztlich aller, „einbetten“ muss. Es kommt eben auch auf das Handeln politischer, wirtschaftlicher, wissenschaftlicher kultureller usw. Eliten an, damit Entwicklungen gestärkt werden können, an deren Ende wir uns, mit Hannah Arendts Worten in ihrem Buch „über die Revolution“ formuliert, des Begriffs der Elite wirklich gänzlich ent schlagen können. Diese Entwicklungen mögen, wie alles Neue, unwahrscheinlich sein und als „dünne Oberflächenschicht auf einer undurchsichtigen Tiefsee von latenten Möglichkeiten“

schwimmen. Aber sie, in Arends Worten „das Wunder der Politik“ sind die Hoffnungen, die wir haben.

Daran zu arbeiten ist ein einigermaßen großes gesellschaftspolitisches Projekt. Man sollte sich also nicht wundern, wenn man bei vergleichsweise eng, aber notwendigerweise eben auch präzise definierten Forschungsprojekten, die sich einem solchen großen Projekt in irgendeiner Weise zuordnen sollen, leicht ins Stocken gerät, neu ansetzen muss, von neuem zögert. Worauf es aber ankäme - denn anderenfalls hätte das große gesellschaftspolitische Projekt wohl kaum eine Chance – ist, dass die vielen kleinen Projekte, an denen wir alle konkret unsere Arbeit beginnen können kooperativ aufeinander bezogen gedacht und bearbeitet werden, um darüber die gemeinsame Stoßrichtung gegen die Gewalt des herrschenden neoliberalen Zusammenhangs zu finden und zu stärken.

## Literatur

- Arendt, H. (1974): Über die Revolution, München-Zürich
- (1979/98): Vom Leben des Geistes, München-Zürich
  - (1993): Was ist Politik? Fragmente aus dem Nachlass, Hg. Von U. Ludz, München/Zürich
- Becker, A. (2013): Diderot und das Experiment des Naturalismus, in: Denis Diderot. Philosophische Schriften, Berlin, S. 205-269
- Bourdieu, P. (2005): Die verborgenen Mechanismen der Macht, Hamburg
- Borsdorf, U. (1986): Wirtschaftsdemokratie und Mitbestimmung – Historische Stufen der Annäherung an den Kapitalismus, in: WSI-Mitteilungen 3/1986, S. 264-278
- Brandt, R. (2011): Wozu noch Universitäten?, Hamburg
- De LA Rosa, S. (2014): Hannah Arendt im Spannungsfeld zwischen Säkularisierung und Sakralisierung, in: Leviathan Jg. 42, 2/2014, S. 147-190
- Demirovic, A. (2007): Demokratie in der Wirtschaft. Positionen – Probleme - Perspektiven, Münster
- DOFAPP-Projektgruppe (2014):Grundlagentheoretisches Szenario zum INQA-Projekt: „Psychosoziale Belastungen in Change-Management-Prozessen“, Dortmund
- Enzensberger, H., M. (2004): Die Elixiere der Wissenschaft. Seitenblicke in Poesie und Prosa, Frankfurt am Main
- Ferber, C. v. (1961): Die Institution der Arbeit in der industriellen Gesellschaft – Versuch einer theoretischen Grundlegung. Habil.-Schrift, (nur teilweise veröffentlicht), Göttingen
- Freeland, C., (2013): Die Superreichen. Aufstieg und Herrschaft einer neuen globalen Geldelite, Frankfurt am Main
- Fricke, W.; Wagner, H. (Hg) (2012): Demokratisierung der Arbeit. Neuansätze für Humanisierung und Wirtschaftsdemokratie, Hamburg
- Katenkamp, O.; Dechmann, U.; Georg, A.; Meyn, C.; Peter, A.; Peter, G. (2014): Change-Management und seine psychosozialen Belastungen – eine interdisziplinäre Betrachtung über die Autonomie der Arbeit, in: ARBEIT, Zeitschrift für Arbeitsforschung, Arbeitsgestaltung und Arbeitspolitik, Heft 2/2014, S. 77-91
- Krugman, P. (2009): Die neue Weltwirtschaftskrise, Frankfurt am Main
- Luhmann, N. (1984): Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie, Frankfurt am Main
- Martens, H. (2006): Kritik des Neoliberalismus – Zusammenhänge zwischen Ideologiekritik und Kritik der veränderten Realitäten, in: Scholz, D. u.a. (2006), Münster, S. 228-236

- (2007): Industriesoziologie im Aufbruch. Herausforderungen empirischer Arbeitsforschung im Epochenbruch, Münster
  - (2010): Neue Wirtschaftsdemokratie. Anknüpfungspunkte im Zeichen der Krise von Ökonomie, Ökologie und Politik, Hamburg
  - (2013a): Anschlussfähigkeit oder politische Subjektivierung. Zur grundlagentheoretischen Fundierung anwendungsorientierter Arbeitsforschung Eine auch persönliche Bilanz, Münster
  - (2013b): Mitbestimmung, Beteiligung, Innovation und Demokratisierung – konzeptionelle Überlegungen, historische Anknüpfungspunkte, aktuelle Herausforderungen, in: Anlauff, W.; Hartwich, H. D.; Singe, I.; Thieme, C. (Hg): Innovation durch Kompetenz und ‚gute Arbeit‘. Management, Betriebsrat und Beschäftigte als Akteure moderner Innovationsstrategien, Baden-Baden
  - (2014a): Subjektivierung und neues zivilisatorisches Modell. Plessner, Elias, Arendt, Rancière und Foucault zusammen- und weiterdenken, Münster
  - (2014b): Beteiligung und Demokratisierung angesichts ‚Neuer Arbeit‘ – Aufgaben der Demokratisierung digitaler Wissensarbeit im Zeichen von Subjektivierung und Prekarisierung, in: Schröder, L.; Urban, H.-J. (Hg.) Gute Arbeit, Ausgabe 2014, Frankfurt am Main, S. 298-308
  - (2014c): Am Anfang steht die Handlung – am Ende ein „losgelassener Verzehrungsprozess“? Die Krise des demokratischen Projekts der Moderne im Licht von Michael Tomasellos Konzept der geteilten Intentionalität, [www.drhelmutmartensd.de](http://www.drhelmutmartensd.de)
  - (2014d): Denis Diderot und das vergessene Erbe der Aufklärung. Die radikale Aufklärung als Inspiration und Warnung angesichts der Träume der westlichen Zivilisation, [www.drhelmutmartensd.de](http://www.drhelmutmartensd.de)
- Naphtali, F. (1977/1928): Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel, Frankfurt
- Negt, O.; Kluge, A. (1981): Geschichte und Eigensinn, Frankfurt am Main
- Oertzen, P. v. (1984): Für einen neuen Reformismus, Hamburg
- Peter, A. (2014): Das Dilemma der Repräsentation von Wirklichkeit und das Simulacrum als interdisziplinäre Lösung zur Gestaltung, in: ARBEIT, Heft 2/2014, S. 148-153
- Peter, G.; Wolf, F. O. (Hg): Welt ist Arbeit, Münster
- Plessner, H. (1928): Die Stufen des Organischen und der Mensch. Einleitung in die Philosophische Anthropologie, Berlin (1975)
- (1981): Gesammelte Schriften V, Schriften zu Anthropologie, Philosophie und Politik
- Piketty, T. (2014): Das Kapital im 21. Jahrhundert, München
- Ptak, R. (2006): Der ‚Epochenbruch‘ im Kontext des neoliberalen Projekts, in: Scholz u.a. (2006), Münster, S. 210-227
- Rancière, J. (2002): Das Unvernehmen. Politik und Philosophie, Frankfurt am Main
- Safranski, R. (1993) Wieviel Wahrheit braucht der Mensch? Über das Denkbare und das Lebbare, Frankfurt am Main
- Scholz, D.; Glawe, H.; Martens, H.; Paust-Lassen, P.; Reitzig, J.; Peter, G.; Wolf, F.O., (2006): Spandauer Thesen: Eine neue Politik der Arbeit für eine neue Zeit, [www.forum-neue-politik-der-arbeit.de](http://www.forum-neue-politik-der-arbeit.de), veröffentlicht in: Scholz, D.; Glawe, H.; Martens, H.; Paust-Lassen, P.; Peter, G.; Reitzig, J.; Wolf, F.O. (Hg.) (2006): Turnaround. Strategien für eine neue Politik der Arbeit, Münster, S. 272-299
- Schmidt, A. (1971/65): Zum Verhältnis von Geschichte und Natur im dialektischen Materialismus, in: ders: Der Begriff der Natur in der Lehre von Karl Marx, überarbeitete, ergänzte und mit einem Postscriptum versehene Neuauflage, Frankfurt 1971
- Schumacher, JK. (1937/78): Die Angst vor dem Chaos . Über die falsche Apokalypse des Bürgertums, Frankfurt am Main
- Schweikert, U. (1980): Die entfesselte Cassandra. Ein Versuch über Heiner Müller, FR 30. 08. 1980
- Tomasello M. (2011): Die Ursprünge der menschlichen Kommunikation, Berlin
- Weizsäcker, E. U. v.; Hargroves, K.; Smith, M. (2010): Faktor Fünf. Die Formel für nachhaltiges Wachstum, München



- Wesche, T. (2014): Demokratie und ihr Eigentum. Von der Marktfreiheit zur Wirtschaftsdemokratie, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 3, 2014, S. 443-486
- Weltz, F. (2010): Arbeit mit Fallstudien , in: Pongratz, H.J.; Trinczek, R. (Hg.): Industriesoziologische Fallstudien. Entwicklungspotenziale einer Forschungsstrategie, Berlin, S. 233-256
- Winterfeld, U. v. (2006): Naturpatriarchen. Geburt und Dilemma der Naturbeherrschung bei geistigen Vätern der Neuzeit, München
- Zinn, K. G. (2003)Die Zukunft eines qualitativen Keynesianismus in Europa, in: „ARBEIT, 4/2003
- (2007): Politische Kultur und beschäftigungspolitische Alternativen. Plädoyer für einen qualitativen Keynesianismus, in: Peter, G. (Hg.): Grenzkonflikte der Arbeit. Die Herausbildung einer neuen europäischen Arbeitspolitik, Hamburg, S. 48-76